

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 45

Charlottenburg, Freitag, den 5. November 1915

Jahrg. 42

Bekanntmachung.

Für die Berichtswoche vom 18. bis 23. Oktober haben keine Berichte eingelangt:

Gera (Reuß), Köppelsdorf, Liegnitz, Nürnberg.
Das Verbandsbüro.

Teuerung und Landwirtschaft.

(I. K.) Von der Generalkommission der Gewerkschaften wird uns geschrieben:

Die Eingabe, die der Vorstand der sozialdemokratischen Partei und die Generalkommission der Gewerkschaften an den Reichskanzler richteten, um Maßnahmen zu empfehlen, wie der weiteren Preissteigerung der Lebensmittel zu begegnen und eine Herabsetzung der hohen Preise möglich ist, gibt der „Deutschen Tageszeitung“ Anlaß zu beklagen, daß in der gegenwärtigen Zeit bei der Geltendmachung solcher Wünsche auch scharfe und haltlose Angriffe auf die Landwirtschaft erhoben wurden.

Die Zeit ist uns zu ernst, um uns mit bloßen Wünschen zu begnügen. Wir müssen im Interesse der Bevölkerung der Ursache der Lebensmittelteuerung auf den Grund gehen. Und wenn hierbei unberechtigte Ansprüche in landwirtschaftlichen Kreisen, wobei wir durchaus hervorgehoben haben, daß diese zum Glück nicht allgemein erhoben werden, sich geltend machen, so sind wir doch gezwungen, ein energisches Wort darüber zu reden, ohne Denjenigen zu verlegen, der schuldlos an solchen Treibereien ist.

Es kommt uns deshalb durchaus gelegen, wenn die „Deutsche Tageszeitung“ versucht, unsere Einwände gegen die hohe Preislage, so weit sie der Landwirtschaft zur Last fallen, zu entkräften. Nur werden wir ihr sofort in einigen tatsächlichen Gegenüberstellungen nachweisen, daß ihre Deduktion in sehr vielen unhaltbar ist. Auf unsere Anregung hat der Landarbeiterverband durch eine persönliche Umfrage festgestellt, welche Veränderungen in den Arbeitslöhnen auf den großen Gütern zu verzeichnen sind. Wir hielten das deshalb für notwendig, weil wiederholt in der „Deutschen Tageszeitung“ und auch von den Führern des Bundes der Landwirte behauptet wurde, gerade die gesteigerten Arbeitslöhne erhöhen erheblich die Produktionskosten. Mit solchen allgemeinen Behauptungen kann man nichts anfangen, wenn sie nicht mit tatsächlichen Nachweisen belegt werden. In der Budgetkommission des Reichstages ist schon an den Bund der Landwirte die höfliche Aufforderung ergangen, er möge einmal selbst solche Vorkäuflichkeit vornehmen. Zu einem Ergebnis hat unsere Aufforderung bisher nicht geführt. Wir haben deshalb selbst zu einer Erhebung gegriffen. Das Material dieser Erhebung ist in unserer Presse fast allgemein zum Abdruck gekommen. Es bestätigt die Behauptung in der Eingabe an den Reichskanzler, daß die Löhne vielfach gleich geblieben sind, andererseits Lohn-erhöhungen von 20, höchstens 30 Pfg. pro Tag gezahlt werden. Die „Deutsche Tageszeitung“ hebt hervor, daß wir in der Eingabe nicht Rücksicht genommen haben auf die höheren Naturallöhne, die die Landwirtschaft zahlt. Das ist nicht der Fall. In der Eingabe konnten wir nicht in aller Ausführlichkeit diese Einzelheiten behandeln. Unsere Umfrage, auf die wir

Bezug genommen haben, hat, wie die „Deutsche Tageszeitung“ mittlerweile wohl gesehen hat, auch den Naturallohn berücksichtigt. Dabei stellt sich aber das sehr eigenartige Verhältnis heraus, daß dieser Naturallohn auf vielen Gütern abgelöst worden ist, und bei der Ablösung den Arbeitern ein geringerer Aufrechnungspreis angesetzt wurde, als die Landwirte bei der Beschlagnahme für das Getreide erhalten haben. Hier werden also die Arbeiter noch um einiges geschädigt, ganz abgesehen davon, daß diese Ablösung des Deputats nach der Bundesratsverordnung für die Selbstversorger nicht notwendig war; denn die Deputatsmenge war von der Beschlagnahme frei. Allerdings besteht für den Landwirt der Nutzen, daß er bei einer billigen Ablösung des Deputats den Vorteil für sich in Anspruch nehmen kann.

Weiter wird von der „Deutschen Tageszeitung“ behauptet, die Gefangenearbeit habe keine Verbilligung der Arbeitsleistungen herbeigeführt. Die Gefangenearbeit betrage nur ein Drittel der normalen Leistungsfähigkeit. Wir haben uns bei unseren Parteifreunden, die vielfach zu Wachkommandos auf den großen Gütern befohlen wurden, erkundigt und erfahren, daß, wenn auch in einzelnen Fällen die Leistungen der Gefangenen nicht ganz denen der freien Arbeiter entsprechen, die russischen Gefangenen allgemein sehr willig und fleißig sind. Ihre Leistung stand vielfach nicht hinter der des freien Arbeiters zurück. Wenn nun behauptet wird, daß der Landwirt für eine Arbeitskraft der Gefangenen 2,49 M. aufwenden muß, so müssen wir das als vollkommen unzutreffend bezeichnen, besonders schon deshalb, weil nach unseren Ermittlungen Löhne über 2 M. in der Provinz Brandenburg zu den großen Seltenheiten gehören. Wenn also freie Arbeiter, die von ihren Löhnen noch die Familie ernähren sollen, mit 2 M. und geringerem Tagelohn auskommen müssen, dann würde die Einschätzung eines Drittels der Arbeitsleistung der Gefangenen mit 2,50 M. ein so unwirtschaftliches System in der Landwirtschaft bedeuten, daß schon diese Gegenüberstellung auch nicht die geringste Wahrscheinlichkeit beanspruchen darf. Zugleich würde aber auch damit von der „Deutschen Tageszeitung“ der Nachweis geführt werden, wenn wir ihre Angaben als zutreffend erachten können, daß die Lebensweise des deutschen Landarbeiters weit unter die der Gefangenen herabgedrückt wäre. Es sieht schlimm im Arbeiterhaushalt in der Landwirtschaft aus, aber so trostlos erscheint es uns doch nicht, als die „Deutsche Tageszeitung“ mit ihrer Berechnung uns unfreiwillig beweist. Der Landwirt zahlt für den Gefangenen nur die Beköstigung, daß dem Landwirt diese Beköstigung pro Tag 2,43 M. kostet, ist eine maßlose Übertreibung, die uns allerdings einen Einblick gibt, wie heute von einigen Landwirten Produktionskosten kalkuliert werden.

Ein weiteres Kapitel in der Beweisführung der höheren Produktionskosten bildet die Preislage der Futter- und Düngermittel. Dem ist zunächst entgegenzuhalten, daß ein wichtiges Düngemittel, Chilesalpeter, überhaupt nicht zu haben ist. Kalisalze, die wir im Inland in genügenden Mengen haben, weisen keine sehr erhebliche Preissteigerung auf. Die Landwirtschaft wird in diesem Jahre im wesentlichen auf Kali, Thomasmehl und den Stalldünger ihrer eigenen Viehwirtschaft angewiesen sein. Mit den Futtermitteln steht es leider, insbesondere für die Kleinwirtschaft, sehr ungünstig. Wenn der Bund der Landwirte hier dafür eintritt, daß der Höchstpreis für Futtergerste von 300 M. pro Tonne, sagen

Feldpostbrief.

wir auf den Roggenpreis von 220 Mt. die Tonne, herabgesetzt wird, so würden wir ihn bei diesen Bemühungen im Interesse der kleinen Landwirtschaft sehr unterstützen. Wir würden uns auch bemühen, den Preis für das jetzt zur Verfügung stehende Roggenschrot auf ein erträgliches Maß zurückzudrängen. Nun wird behauptet, die Landwirtschaft müsse erhebliche Aufwendungen für Kraftfuttermittel machen. Insbesondere wird auf den hohen Preis der Rückstände aus der Delfabrikation hingewiesen. Diese Rückstände sind heute gar nicht in großen Quantitäten zu haben, weil die Einfuhr fehlt. Dies legt der Landwirtschaft Beschränkungen auf, die sehr unangenehm sind, aber insgesamt ist die Aufwendung hierfür sehr beschränkt. Bleibt Kleie und Gerste, die im Preise sehr hoch stehen und nicht in genügenden Mengen vorhanden sind. Wir bestreiten nicht, daß die Futtermittelversorgung, wie die gesamte Viehhaltung für die Landwirtschaft, mit höheren Kosten verknüpft ist. Wir wenden uns auch nicht gegen eine höhere Preislage, sondern nur gegen die unerhörten hohen Preise, die nicht mehr im Einklang stehen mit den höheren Produktionskosten.

Auch mit den Kartoffelpreisen beschäftigt sich die „Deutsche Tageszeitung“ in der Entgegnung, und sie behauptet, daß unter normalen Verhältnissen die Produktionskosten für den Zentner Kartoffel 2,50 bis 2,88 Mt. betragen. Demgegenüber stellen wir fest, daß in den 5 Jahren 1909 bis 1913 nach dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich der Kartoffelpreis pro Zentner im Durchschnitt im Großhandel betrug:

1909	2,49 Mt.
1910	2,03 „
1911	2,98 „
1912	3,52 „
1913	2,70 „

Diese Gegenüberstellung ergibt, daß in den 5 Jahren, außer dem Jahr 1911/12, wo wir eine außerordentlich ungünstige Ernte hatten, der Preis immer unter dem Produktionspreis stand, den die „Deutsche Tageszeitung“ berechnet, das heißt, schon im Großhandel. Berechnet man noch 70 Pfg. pro Zentner als Spesen, dann ergibt sich, daß die Landwirtschaft in der Kartoffelproduktion geradezu entsetzliche Verluste haben muß. Jeder, der mit landwirtschaftlichen Dingen zu tun hat, weiß, daß der Preis für Fabrikkartoffeln zwischen 1 bis 1,50 Mt. geschwankt hat, so daß verständigerweise im Ernst kein Mensch behaupten kann, daß Produktionskosten in der Höhe in Frage kommen, wie hier behauptet wird. Wir sind leider genötigt, diese ganze Berechnung der Produktionskosten recht mißtrauisch zu betrachten.

Nehmen wir uns ein Beispiel an einem der Landwirtschaft nahestehenden Betrieb. Vor kurzem ist der Geschäftsabluß der Aktiengesellschaft zur Verwertung von Kartoffelfabrikaten veröffentlicht worden. Er ergibt, daß zunächst, abgesehen von einer Dividende von 15 Proz. gegen 12 Proz. im Vorjahre, so erhebliche Gewinne verbucht wurden, daß man gar nicht wußte, wie in der Bilanz dieser Segen durch hohe Abschreibungen und besondere Aufwendungen für einige Fonds, untergebracht werden sollte. Leider haben wir nicht gehört, daß von denen, die der „Deutschen Tageszeitung“ nahe stehen, beizeiten Einspruch dagegen erhoben wäre, daß in gegenwärtiger Zeit solche Gewinne auf Kosten unserer Volksernährung gemacht werden. Im Gegenteil haben wir nur Klage über die hohen Produktionskosten auch in der Kartoffeltrockenfabrikation vernommen, und eine entschiedene Abwehr dagegen, daß die Höchstpreise erheblich herabgesetzt werden. Ähnlich steht es mit der Spiritusfabrikation aus. Das sind die Unternehmungen, die uns öffentlich ihre Bilanzen unterbreiten müssen und die bestärken, wie wenig man leider in gewissen Kreisen der Landwirtschaft, denn diese Unternehmungen stehen mit landwirtschaftlichen Interessenten sehr eng in Berührung, geneigt ist, auf einen Kriegsgewinn zu verzichten. Das aber ist es, was wir im Interesse einer genügenden Ernährung der uns unter Volk verlangen. Wir verzichten, auf die Verwertbarkeit des Artikels einzugehen, wo von einer Sparlichkeit der Lebenshaltung die Rede ist. Für den Massenkonsum, das heißt für die Arbeiterklasse ist diese Beschränkung unangebracht, die Sparlichkeit steht leider unter einem größeren Zwang, als bei allen Arten, die der Krieg uns auferlegt, erträglich ist. Nur eine Sparlichkeit empfehlen wir, eine Sparlichkeit, die uns helfen kann. Setzen wir die Preise für unsere Nahrungsmittel so fest, daß Kriegsgewinne nicht aufgehäuft werden!

Von einem Verbandskollegen, der schon seit Jahresfrist im Felde steht, erhalten wir nachstehende Zuschrift:

So manches Mal schon habe ich mir in der Zeit, in der ich im Felde stehe, so meine besonderen Vorstellungen über den Begriff „Krieg“ gemacht. Welche Strapazen der Mensch ertragen kann, weil er muß, welcher Handlungen der Mensch fähig wird, wenn die eiserne Notwendigkeit ihn dazu drängt, welche schier unglaublichen Leistungen der Einzelne zu vollbringen vermag, wenn der Wille und die Einsicht in die Notwendigkeit dafür vorhanden ist, kann wohl nur der ermessen, der an diesem furchtbaren Völkerringen aktiv beteiligt ist.

Zu wiederholten Malen schon habe ich Vergleiche angestellt zwischen diesem Krieg mit den Feuerwaffen und dem wirtschaftlichen Kampf, den die organisierte Arbeiterschaft um die Verbesserung ihrer Existenzbedingungen zu führen genötigt ist. Dabei erinnere ich mich immer lebhaft der Aussperrung, die wir vor drei Jahren durchzukämpfen hatten. Was bedeutete die Aussperrung in Bezug auf die Opfer, die dem Einzelnen dabei auferlegt wurden, gegenüber dem Riesenkampf, in dem wir uns heute befinden? Ein Nichts. So manche Frau des einen oder anderen unserer Kollegen glaubte schon den völligen Ruin ihrer Existenz vor Augen zu sehen, weil der gewohnte Verdienst des Mannes für einige Wochen ausfiel bezw. mit der Verbandsunterstützung vertauscht werden mußte. Ich glaube nicht zu viel zu behaupten, wenn ich sage, alle diese Frauen wären wohl heute vollauf zufrieden, wenn sie die Streikunterstützung als Unterlage ihrer Existenz eintauschen könnten mit der tatsächlichen Einnahme von heute und ihre Männer nicht größeren Gefahren ausgesetzt wüßten als das damals der Fall war. Auf jeden Fall sind die Opfer, die der Krieg uns allen auferlegt, in keinen Vergleich zu stellen mit den Opfern, die wir im wirtschaftlichen Kampf bringen müssen. Ich will keine Zahlen anwenden, sondern überlasse es jedem, sich ein Bild darüber zu machen, was die 15 Kriegsmonate für uns alle zu bedeuten haben.

Werden unsere Kollegen und Kolleginnen daraus die Lehre ziehen, die sich für uns Arbeiter ergibt?

Beschäftigen sich unsere daheimgebliebenen Kollegen auch mit der Frage, wie sich die Verhältnisse nach dem Kriege für uns gestalten können und werden? In die Zukunft können wir nicht sehen, aber so viel wissen wir doch alle, daß auch nach dem Kriege noch mit Wasser gekocht werden wird, daß die Notwendigkeit für die Arbeiterschaft nicht geringer werden kann, an der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage mit aller Tatkraft zu arbeiten und auch Opfer dafür zu bringen!

Wir an der Front haben wohl erfahren, daß augenblicklich Burgfrieden herrscht, daß für wirtschaftliche Kämpfe kein Raum ist, so lange unsere Grenzen bedroht sind. Damit sind aber die wirtschaftlichen Gegensätze nicht aus der Welt geschafft, diese werden vielmehr mit unverminderter Kraft wieder hervorbrennen, sowie das wirtschaftliche Leben wieder seinen gewohnten Gang annimmt. Mit wirtschaftlichen Kämpfen werden und müssen wir rechnen, und wenn wir noch so friedliebend sein wollen, weil die Verhältnisse uns dazu drängen werden, vorausgesetzt, daß die Arbeiter nach dem Kriege nicht im Vorhinein auf alles verzichten und an der Gestaltung ihres eigenen Schicksales nicht mit tätig sein wollen. Das letztere wird nicht der Fall sein, die aus dem Felde heimkehrenden Kollegen würden das bestimmt nicht tun.

Wer für die kommenden Zeiten aber gerüstet sein will, wird die einzige Waffe im wirtschaftlichen Kampf blank zu erhalten suchen müssen, die gewerkschaftliche Organisation nicht nur nicht selbst im Stiche lassen, sondern ihr nach Möglichkeit neue Anhänger zu gewinnen suchen müssen. Das Betrübenste, was es für uns im Felde Stehenden geben kann, sind die Nachrichten über Fahnenflucht der Mitglieder in der Zeit, in der wir im Felde die größten Opfer zu bringen haben. Wir, die wir die Organisation mit aufgebaut und gegen alle Angriffe verteidigt haben, wissen, was sie uns wert ist. Wir wissen aber auch, daß unsere Organisation nur dann ihre Aufgabe erfüllen kann, wenn der größte Teil der Kollegenschaft in ihr vereinigt ist. Wehe dem Kollegen, der seine einzige Waffe im wirtschaftlichen Kampfe leichtfertig aus der Hand gegeben in dieser Zeit; die Erkenntnis, daß das ein schwerer Fehler war, dürfte noch kommen.

Welcher Opfer ein Volk fähig ist, das um seine Existenz ringt, hat uns der Krieg in anschaulichster Weise bewiesen, aber auch vor Augen geführt, was erreicht werden kann, wenn in Erkenntnis der Notwendigkeit kein Opfer gescheut wird, um das Ziel zu erreichen. Ich wünschte, daß alle Arbeiter, ins-

sondere unsere Kollegen, aus diesem Kriege lernen, daß der wirtschaftliche Kampf der Arbeiter um Verbesserung der eigenen Lage mit gleicher Energie und mit der gleichen Erkenntnis der Notwendigkeit geführt werden muß, wenn Erfolge erreicht werden sollen. Sollten uns neue und größere Kämpfe auf wirtschaftlichem Gebiet nach dem Kriege beschieden sein, was wir nicht wünschen, aber auch nicht abweisen, wenn solche gegen unseren Willen nicht zu verhindern sein sollten, dann müssen wir erwarten dürfen, daß dann auch keine Opfer geübt werden, um solche Kämpfe zum siegreichen Ende zu führen. Die Kollegenschaft soll zu Opfern auch dann bereit sein, wenn die Entscheidung in ihrer Hand darüber liegt, ob sie die Opfer zu bringen bereit ist oder nicht, wenn im Interesse der Gesamtheit es notwendig wird.

Zunächst müssen wir im Felde Stehenden aber erwarten dürfen, daß die Dahergebliebenen dafür sorgen, daß unsere Organisation unverfehrt über die Kriegszeit hinaus kommt; das ist nur zu erreichen, wenn jeder und jede Einzelne bereit ist, das Opfer auf sich zu nehmen, das damit verknüpft ist.

Ein Mahnruf an die Kriegsbeschädigten.

Der Drang, möglichst bald der Einförmigkeit des Lebens in den Lazaretten zu entgehen und zur Erwerbsarbeit zurückzukehren, veranlaßt viele Kriegsbeschädigte, entgegen dem Willen der behandelnden Ärzte auf ihre Entlassung aus den Lazaretten zu dringen.

Vielfach werden solche an sich verständlichen Wünsche gebiert durch Anzeigen in den Tageszeitungen, die zum Teil von gewerbmäßigen Stellenvermittlern ausgehen. In diesen Anzeigen werden Kriegsbeschädigte oftmals bei hohen Lohnangeboten für die verschiedensten Arbeiten gesucht. Zum Teil erhalten die Kriegsbeschädigten auch von ihren Angehörigen aus der Heimat solche Anzeigen zugesandt. Das letztere mag gemeint sein. Die Angehörigen hoffen, daß sie dem Kriegsbeschädigten hilfreich zur Seite stehen können, wenn er in der Heimat irgendeine Arbeitsstelle findet. Dem Interesse der Kriegsbeschädigten wird jedoch vielfach durch solche von liebevollem Hilfsbedürfnis ausgehenden Vorschläge und Angebote nicht gedient. Solche Angebote von Arbeitsstellen kommen häufig infolge des gegenwärtigen Mangels an Arbeitskräften her auch aus der Absicht, eine billige Arbeitskraft zu erhalten. Wird dann bei Abschluß des Krieges der Arbeitsmarkt von neuem aus dem Felde heimkehrenden Millionen überschwemmt, dann verliert der Kriegsbeschädigte wieder die ihm früher bewohnte und auch während seiner Arbeitstätigkeit nicht heimisch gewordene Stelle. Die Last, die dann den Angehörigen obliegt, wird nicht immer getragen werden können, auch wenn die Liebe zu dem Kriegsbeschädigten nach wie vor die gleiche bleibt. Der Hilfsbedürftige steht dann allein. Es wird ihm, bei dem hohen Angebot von Erwerbstätigen, schwer, vielleicht unmöglich werden, einen seinen Fähigkeiten entsprechenden Arbeitsplatz zu finden. Sein Leben ist verfehlt. Nichts wäre für ihn glücklicher, als von der Rente allein leben zu müssen und sich nicht mehr als ein nützliches, durch Arbeit dem Ganzen dienendes Glied der Gesellschaft zu fühlen.

Es kommt nicht so sehr darauf an, daß der Kriegsbeschädigte schnell, sondern daß er dauernd, auch über die Kriegszeit hinaus, vielleicht für sein ganzes späteres Leben Arbeitsgelegenheit erhält. Deswegen sollen die Kriegsbeschädigten nicht ohne genaue Prüfung Arbeitsstellen annehmen, die ihnen oft aus gutem Herzen, häufiger aus gewinnsüchtigen Absichten angeboten werden.

Die Kriegsbeschädigten müssen in erster Linie den Vorschlägen und dem Räte des behandelnden oder leitenden Arztes folgen und das Lazarett nicht verlassen, ehe die Heilbehandlung abgeschlossen ist. Sie sollten die Vorschläge der Fürsorgestellen und ihre Berufsberatung beachten. Die Fürsorgestellen folgen dem Grundsatz, den Kriegsbeschädigten möglichst in seine frühere Arbeitsstelle zu bringen, um ihm dort dauernde Arbeit zu verschaffen. Gelingt dies nicht, so soll ihm in seinem früheren Beruf Arbeitsgelegenheit verschafft werden. Mit den Berufsverhältnissen vertraut, der Mithilfe seiner Arbeitskollegen sicher, wird er Freude an der Arbeitstätigkeit und Ausöhnung mit seinem Schicksal finden. Nur, wenn die Kriegsbeschädigung seines nicht erreichbaren Lebens nicht ermöglichen läßt, soll die Erlernung eines neuen Berufes erfolgen.

Die Hilfe der Fürsorgestellen und der Berufsberater, sei es bei Unterbringung der Kriegsbeschädigten in ihrer früheren Arbeitsstelle, in ihrem früheren Beruf oder bei Erlernung eines

neuen Berufs erfolgt nicht, um eine Kürzung der Rente herbeizuführen, sondern dem Hilfsbedürftigen das Dasein zu erleichtern. Dafür, daß den Kriegsbeschädigten aus den Kreisen ihrer Arbeitsgenossen geeignete Berufsberatung zuteil werden kann, ist Vorseeung getroffen.

Die Kriegsbeschädigten haben deshalb keine Ursache zu irgendwelchem Mißtrauen gegen die lediglich zu ihrem Nutzen geschaffenen Einrichtungen. Sie sollten insbesondere dann, wenn für ihr weiteres Fortkommen die Erlernung eines neuen Berufes oder die unter den veränderten Verhältnissen notwendige Anpassung an die frühere Berufstätigkeit sich notwendig macht, den guten Ratschlägen, die ihnen von den Ärzten und sachverständigen Berufsberatern gegeben werden, vertrauensvoll Beachtung schenken.

Jedenfalls sollten sie auf Anzeigen in den Tageszeitungen oder auf Angebote von Arbeitsstellen unter der Hand nicht eingehen, wenn sie nicht die Sicherheit haben, eine dauernde Arbeitsstelle zu erhalten. Vermögen auch die Fürsorgestellen solche nicht in allen Fällen zu beschaffen, so bleiben die Kriegsbeschädigten doch, wenn sie deren Vermittlung in Anspruch nehmen, mit diesen Hilfsorganisationen in Verbindung und finden in ihnen einen stetigen Rückhalt.

Berlin, den 2. Oktober 1915.

Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angestelltenrecht.
Soziale Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Angestellten.
Deutscher Werkmeisterverband.
Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.
Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.
Verband der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.).

Aus anderen Verbänden

Arbeitsregelungen in der Glasindustrie. In anerkennenswerter Weise haben die Flaschenindustriellen den Arbeitern Lohnerhöhungen bzw. Kriegszulagen bewilligt. Der Vorstand des Verbandes der Glasarbeiter hat sich darauf auch an den Schutzbund deutscher Glasfabriken, der einen großen Teil der Beleuchtungs-, Weißglas- und Flaconsfabriken vertritt, mit dem Ersuchen gewandt, auch den Arbeitern dieser Betriebe Teuerungszulagen zu bewilligen. Die Herren haben wohl wiederholt Versprechungen gemacht, ihre Versprechungen aber nicht eingelöst. Darauf hat sich die Generalkommission im Auftrage des Verbandes der Glasarbeiter an den Reichsminister gewandt. Darauf hat dann das Ministerium in Sachsen eingegriffen, später geschah ein gleiches auch in Preußen. Der Regierungspräsident in Frankfurt a. O. war bemüht, in anerkennenswerter Weise eine Verständigung zwischen den Industriellen und den Arbeitern zu schaffen. Am 8. Oktober fanden unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten Verhandlungen in Cottbus statt, in der die Arbeitsverhältnisse in der Glasindustrie besprochen wurden. Der Verband der Glasarbeiter hatte beantragt, über drei Punkte eine Verständigung zu schaffen, und zwar über die Wohnungsfrage, die Verbandsentlassungsscheine und über die Lohnfrage. Von der Organisationsleitung der Arbeiter wurde darauf hingewiesen, daß beim Kriegsausbruch die Unternehmer gegen die Arbeiter ein bitteres Unrecht verübten, indem sie die Arbeiter fast ohne Ausnahme plötzlich entließen, trotzdem sie 14 Tage Kündigungsfrist zu verlangen hatten. Wohl haben die Industriellen dies wieder gut zu machen versucht, indem sie die Arbeiter in den Werkswohnungen ließen und auch den Familien der Kriegsteilnehmer gestatteten, daß sie in den Wohnungen bleiben dürfen. Sie unterließen es aber, eine bestimmte Erklärung abzugeben, ob den Kriegsteilnehmern die Wohnungen während der ganzen Kriegszeit freigegeben werden, oder aber ob die im Felde stehenden Arbeiter bei ihrer Rückkehr die Miete abzurufen haben. In der Verhandlung erklärten nach längerem Drängen die Unternehmer, daß sie den Kriegsteilnehmern die Wohnung frei gewähren und auch in ihrer Verbandsversammlung dafür eintreten werden, daß dies für alle Fabriken geschieht.

Die Verbandsentlassungsscheine, sogenannte Abkehrscheine, bilden eine ständige Bürde für die Arbeiter, denn ohne diesen Schein erhält kein Arbeiter in den Verbandsfabriken Arbeit. Die Unternehmer erklärten, daß die Abkehrscheine sich nur gegen böswillige oder kontraktbrüchige Arbeiter richten und im allgemeinen erzieherisch auf die Arbeiter wirken sollen. Mit vollem Recht konnte von den Vertretern der Arbeiter darauf

hingewiesen werden, daß sie für eine solche Erziehung der Arbeiter durch die Unternehmerorganisation bestens danken. Es fehle bei Lösung des Arbeitsverhältnisses jede objektive Beurteilung der Arbeitskraft des Arbeiters, der bisherige Unternehmer ist in diesem Falle Partei, er würde einseitig stets zu seinem Vorteil entscheiden.

In der wichtigsten Frage, der Lohnerhöhung, erklärten die Unternehmer, daß sie bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit bereits gegangen wären und weitere Zugeständnisse nicht machen könnten. Von den Vertretern der Arbeiter wurde erklärt, daß wohl einige Unternehmer geringe Aufbesserungen vorgenommen hätten, die Mehrzahl der Industriellen habe aber trotz der ungeheuren Teuerung so gut wie nichts unternommen. Aber auch die Unternehmer, die Zugeständnisse machten, haben dies nur in ganz beschränkter Form getan; unter der Arbeiterschaft bestehe daher eine große Unzufriedenheit. Trotz aller Einwendungen erklärten die Unternehmer, nicht in der Lage zu sein, weitere Zugeständnisse machen zu können.

In anerkennenswerter Weise hat der Herr Regierungspräsident von Frankfurt zu vermitteln versucht, doch die Unternehmer blieben bei ihrer ablehnenden Haltung. Vom Regierungspräsidenten wurde dann der Vorschlag gemacht, die Unternehmer mögen ein zu schaffendes Arbeitsamt anerkennen, das für den großen Bezirk der Lausitz gelten soll. Dieses Amt soll bei allen vorkommenden Streitigkeiten vermittelnd wirken. Die anwesenden Unternehmer erklärten sich nicht für zuständig, einem solchen Vorschlag zustimmen zu können, weil dazu die Zustimmung der Verbands-Generalversammlung erforderlich sei. Die anwesenden Gewerbeinspektoren wurden darauf vom Regierungspräsidenten ersucht, etwaigen Differenzen in der Glasindustrie die größte Aufmerksamkeit zu widmen und den Versuch zu unternehmen, bei den Fabrikanten vorstellig zu werden, um eine Verständigung in der Lohnfrage herbeizuführen.

Anerkannt muß werden, daß der Herr Regierungspräsident sich während der ganzen Dauer der Verhandlung bemühte, eine Verständigung zu schaffen; wenn dies gelungen ist, und wenn die Arbeiter etwa gezwungen wären, in dieser jetzigen Zeit zu streiken, dann trifft die Verantwortung die Industriellen, die jedes Entgegenkommen in der Erhöhung der Löhne mit der Begründung ablehnten, daß sie für die Arbeiter in ausreichender Weise gesorgt hätten.

Die Verhandlungen haben wenigstens insoweit einen Erfolg gebracht, als den Familien der Kriegsteilnehmer, soweit sie Fabrikwohnungen inne haben, während der Dauer des Krieges die Miete nicht abverlangt wird und auch nach der Beendigung des Krieges nicht abverlangt werden darf.

Hoffen wir, daß die Gewerbeberäte ihre Bemühungen fortsetzen, und was durch eine gemeinsame Verhandlung nicht erreicht wurde, durch Einzelverhandlungen erreicht wird und die Arbeiter die so notwendige Teuerungszulage bewilligt bekommen.

Adressen-Änderungen

Eilenberg. Kf. Friedrich Gilz, Dr., Fabrikstr. 31 — Kv. Herm. Häger, Wk. Marktgrafenstr. 11, Karl Körner, Wk. Karolinenstr. 27, Karl Häbel, Dr. Klosterlausnitzerstr. 3.
Hornberg. Kf. Rudolf Richter, Schloßstr.
Meuselwitz. Kfm. Frida Kaiser, Louisastr. 6.
Nossen. Kf. Elias Göhring wohnt jetzt Obere Bahnhofstr. 3.
Beschwerdekommision. Alle Zuschriften sind zu richten an den Vorsitzenden Engelbert Bartel, Dr., Eisenberg (S.-A.), Göthestr. 5

Versammlungs-Anzeigen

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Ciechanów. Sonntag ab. 13. November, bei Hinrichs, Peterstr. 11
Eilberwerda. Sonnabend, 6. November, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Engelmänn.
Freureuth. Sonnabend, 13. November, 8 Uhr, bei Bollstädt.
Magdeburg. Sonnabend, 6. November, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Harnack, Sömidstr. 28.
Hörnberg. Sonnabend, 13. November, 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Henegasse.
Ciechanów. Sonnabend, 6. November, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in der Branerei (Lange Stube). Kaffeeremahl.

Totenliste unserer im Felde stehenden Kollegen

Arno Hahn, Gießer, geboren am 16. März 1872 in Neuhausen, gefallen in Rußland. In ihm verliert die Zahlst. Freienorla eines ihrer besten und eifrigsten Mitglieder.

Oskar Bergner, Maler, geboren am 22. Februar in Uhlstädt, gefallen am 10. Oktober in Rußland. Mitglied Zahlst. Uhlstädt.

Bernhard Hiebel, Maler, geboren am 25. September zu Altdambach, Krs. Schleusingen, gefallen am 2. Oktober dem westlichen Kriegsschauplatz. Mitglied der Zahlst. Weißenfeld.

Ferdinand Engel, Stanzer, geboren 9. November 1899 Neuhaus, Krs. Sonnebg., am 5. Oktober durch Bauchschuß schwer verwundet, am 6. Oktober im Lazarett in Opatowitz gestorben.

Johann Künzel, Maschinenmüller, geboren 23. April in Verlsdorf, Krs. Sonnebg., gefallen am 17. September einem Sturmangriff in Rußland. Beide Kollegen gehörten Zahlst. Neuhaus bei Sonnebg. an.

Richard Krannich, Fondsprüher, geboren 20. Dezember 1892 in Langewiesen, gefallen im Oktober. Mitglied der Zahlst. Martinroda

Ehre ihrem Andenken!

Sterbetafel.

Meihen. Heinrich Schönfelder, Dreher, geboren am 17. Juli 1862 in Bittersee, gestorben am 23. Oktober an Lungenleiden. Letzte Krankheitsdauer 1 Jahr und 3 Monate. Mitglied seit 1891.

Plaue. Ernst Gebjer, Drucker, geboren 7. September 1846 in Dösdorf, gestorben 24. Oktober an Rippenfellentzündung. Mitglied seit 1905.

Ehre ihrem Andenken!

Arbeitsgesuche u. Arbeitsangebote kostenlos

Arbeitsmarkt

Offerten-Beförderung bei Porto-Einzusatz

4 bis 5 solide, an sauberes **Tolatorendreher** werden Arbeiten gewöhnt. Meldungen an die Redaktion „Die Ameise“ erbeten.

Einen **Gipsgießer** stellt sofort ein. Meldungen mit Vordruck erbeten an

Julius Paul, Tonwarenfabrik Bunsdorf

Tüchtiger Unterglasurmaler, auch Militärinvalide gesucht. Offerten unter „Unterglasurmaler“ an die Redaktion „Die Ameise“ erbeten.

Preis der 2-spaltigen Zeile 20 Pfennig

Geschäfts-Anzeigen

Vorauszahlung ist Bedingung

Goldschmied. goldb. Malrückstände u. **kaufte M. Köhler, Dresden-A., Gericht-Str. 8** **schöne Preise. — Reelle Bedienung. — Sofort**

Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle

Zahl weil grossen Umsatz höchste Preise



Real schnelle Bed. Osterwelstrasse 32. **Otto Seifert, Zwickau S.**

Goldschmied, Goldschmelzen und alle in der Bergbau vorkommenden Abfälle kauft bei **Oskar Rottmann, Stadtilm i. T.** Reeller Bedienung

Alle Goldabfälle kauft **höchstzäh** **H. Langhammer, Wilkau, b. Zwickau i. Sa.**

Herausgeg. v. Verband der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
 Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenbg., Rosinenstr. 4
 Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenbg., Rosinenstr. 4
 Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstraße 22